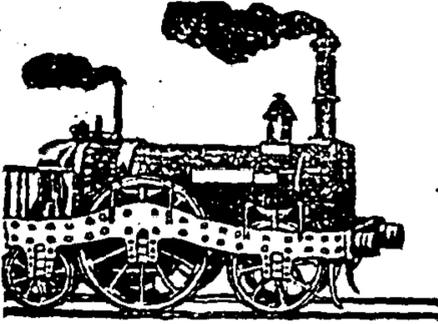


Erscheint Dienstag, Donnerstags und Sonnabend, Inserate müssen Tags vorher bis Mittag eingehen.

Lothomotive

Inserationsgebühr für die gespaltene Zeile 1 Sgr. Wiederholungen kosten nur die Hälfte.

an der  Oder.

Zeitung für alle Stände,

verbunden mit dem Intelligenzblatt für die Städte:
Dels, Bernstadt, Juliusburg, Hundsfeld, Festenberg, Namslau, Ohlau, Kempen.

Redaktion, Verlag und Schnellpressendruck von A. Ludwig.

Nro. 40.

Dels, den 7. April

1866.

Die neuesten Notizen.

Bekanntlich hat Oesterreich am 16. März einer größeren Zahl von deutschen Regierungen ein Rundschreiben zugehen lassen, welches sie auffordert, der drohenden Kriegsgefahr gegenüber Stellung zu nehmen. Acht Tage später (am 24. März) hat die preussische Regierung aus demselben Anlaß eine Zirkulardepesche an sämtliche Gesandtschaften bei den deutschen Höfen gerichtet. Dieses (von der „National-Ztg.“ im Wortlaut veröffentlichte) Aktenstück beginnt mit Klagen darüber, daß Oesterreich sich fortwährend in direkten Widerspruch setze mit den Grundlagen des Wiener Friedens und der Gasteiner Konvention, indem die österreichische Verwaltung in Holstein darauf gerichtet war, das Land ohne Preußens Einwilligung dem Herzog von Augustenburg zu überantworten. — Preußen machte darüber in der Note vom 26. Januar in Wien Vorstellungen, worauf bekanntlich am 7. Februar eine ablehnende Antwort erfolgte. Seit jener Zeit haben beide Mächte gegen einander geschwiegen. Mit Befremden nehme man aber wahr, daß Oesterreich eine starke Heeresmacht an den preussischen Grenzen sammle, während Preußen bisher nicht den entferntesten Anfang zu Gegenrüstungen gemacht habe. — Wenn Preußen aber nunmehr ebenfalls Rüstungen anordnen müsse, so tragen dieselben nur einen rein defensiven und durch die österreichischen Maßregeln hervorgerufenen Charakter, denn Preußen dürfe, ohne an Abwehr zu denken, nicht dulden, daß Schlesien von Krautau bis zur sächsischen Grenze mit kriegsbereiten Truppen umstellt werde.

Die österreichische Regierung hat auf diese Note der preussischen nicht geschwiegen, sondern am 31. März überreichte der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Karolvi, dem Grafen Bismarck eine Note, deren kurzen Inhalt wir in der vorigen Nummer mitgeteilt haben. Dieselbe lautete wörtlich: Es ist zur Kenntnis des österreichischen Kabinetts gekommen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs von Preußen, um die Verantwortlichkeit für die entstandenen Besorgnisse einer Gefährdung des Friedens von sich abzulehnen, dem Kaiserlichen Hofe feindselige Absichten beigemessen, ja sogar auf die Eventualität einer Bedrohung der preussischen Monarchie durch eine Offensive Oesterreichs hingewiesen habe. Wiewohl die Grundlosigkeit einer solchen Unterstellung in Europa notorisch ist, so muß die Regierung des Kaisers dem ungeachtet Werth darauf legen, gegenüber dem königlichen Kabinette sich ausdrücklich gegen eine mit der Evidenz der Thatsachen so vollkommen unvereinbare Beschuldigung zu verwahren. Der Unterzeichnete hat demgemäß den Auftrag erhalten, dem Grafen Bismarck in aller Form zu erklären, daß den Absichten des Kaisers nichts ferner liege, als ein offensives Auftreten gegen Preußen.

Nicht nur schließen die so vielfach durch Wort und That erwiesenen freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers für die Person des Königs sowohl, wie für den

preussischen Staat jede solche Absicht entschieden aus, sondern der Kaiser erinnert sich auch der Pflichten, welche Oesterreich sowohl als Preußen feierlich durch den deutschen Bundesvertrag übernommen haben. Der Kaiser ist fest entschlossen, seinerseits sich nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 11 der Bundesakte zu setzen, welche es den Mitgliedern des Bundes verbieten, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen. Indem der Unterzeichnete den Herrn Ministerpräsidenten Grafen Bismarck ersucht, dem Könige, seinem erhabenen Herrn, die gegenwärtige Note zu unterbreiten, hat er den Ausdruck der Hoffnung hinzuzufügen, daß das königliche Kabinet sich bewogen finden werde, ebenso bestimmt und unzweideutig, wie er Solches Namens seiner Allerhöchsten Regierung gethan, den Verdacht eines beabsichtigten Friedensbruches zurückzuweisen und dadurch jenes allgemeine Vertrauen auf die Erhaltung des inneren Friedens Deutschlands, welches niemals sollte gestört werden können, wiederherzustellen.

Der Unterzeichnete beehrt sich auch bei diesem Anlasse zc. zc.

gez. Karolvi."

Beide Noten haben das gemein, daß jede der Großmächte bestrittet, feindselige Absichten gegen die andere zu hegen. Die preussische aber ist weit ehrlicher, sie erwähnt den Kernpunkt des Streites, d. h. die Verwaltung der Oesterreicher in Holstein, das Preußen entfremdet und dem Augustenburger in die Hände gespielt werden soll. Die österreichische ist bei weitem arglistiger gehalten; sie erklärt nur, daß Oesterreich keinen Angriff auf Preußen machen werde — ein Versuch, der sehr leicht Oesterreichs Zertrümmerung herbeiführen könnte, — fordert dann aber auch von Preußen die gleiche Erklärung, ohne im geringsten darüber eine Andeutung zu geben, daß das feindselige Verhalten der österreichischen Verwaltung in Holstein von nun ab geändert werden solle. Wenn aber das falsche und zweideutige Spiel der Oesterreicher in Holstein weitergespielt wird und die Oesterreicher für den geringen Beistand, den sie bei der Losreißung der Herzogthümer von der Dänenherrschaft den Preußen geleistet haben, den besseren Theil der gewonnenen Länder für sich fordern: was nützt es dann, daß sie feierlich erklären, sie würden einen Einsall in Schlesien nimmer unternehmen. Bleiben in Holstein die Ursachen, so bleiben an der österreichischen Grenze die Folgen dieselben.

Kann und will Preußen den Gedanken an einen Zuwachs an der unteren Elbe nicht aufgeben, so kann Friede und Verständniß mit Oesterreich nur dann bestehen, wenn Oesterreich die Verwaltung beider Herzogthümer an Preußen abtritt; denn wegen des Besitzes und wegen der an Oesterreich zu leistenden Entschädigung kann dann noch jahrelang unterhandelt und — geschachert werden. Bleibt aber in Schleswig eine preussische, in Holstein aber eine preußenfeindliche Verwaltung, so müssen Conflict, wie sie jetzt eben vorliegen,